

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

6.11.1866 (No. 264)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 6. November.

N. 264.

Voranszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Telegramme.

† **Berlin**, 5. Nov. Das Kammergericht hat das freisprechende Erkenntnis des Stadtgerichts gegen Twesten wegen dessen Rede im Abgeordnetenhaus über die Justizverwaltung bestätigt. Der Staatsanwalt hatte zweijährige Gefängnisstrafe beantragt.

† **Turin**, 5. Nov. Einer venezianischen Deputation antwortend weist der König auf die Anstrengungen hin, die seit 1848 für die Einigung und Unabhängigkeit gemacht worden, und daß heute Italien von der Fremdherrschaft für immer befreit sei. Italien sei hergestellt, die Italiener würden dessen wiedererrungene Größe zu vertheidigen wissen. Er, der König, aber ziehe der zurückgestellten Eisernen Krone diejenige vor, die ihm die Liebe des Volkes dargebracht.

## Deutschland.

○ **Stuttgart**, 4. Nov. Im hiesigen Militär-Schießhause werden seit einigen Tagen Schießversuche mit einem neuen Hinterlader angeestellt; derselbe ist so konstruirt, daß sich nach diesem System das bei unserm Armeekorps eingeführte Miniégewehr leicht und billig abändern läßt. — Minister Frhr. v. Arnöüler kam gestern von einer Eisenbahn-Tour zurück, die er zur Besichtigung der am 15. v. M. zu eröffnenden Bahnstrecke Goldshöhe-Elwangen und Elwangen-Grailsheim unternommen hatte. Bei dieser Gelegenheit besichtigte er die neu angelegte Reparaturwerkstätte in Alen und die damit verbundenen Arbeiterwohnungen, sowie mehrere Versuchsstrecken der Bahn, die mit Eisen- und Steinüberbau statt der Holzschwellen angelegt wurden.

Nach dem „Oberschwäb. Anzeiger“, einem in Ravensburg erscheinenden Votabblatt, wäre die im schwäbischen Oberlande gegen die Einschleppung der Kinderpest angeordnete Viehsperre wieder aufgehoben; man mußte also die Ueberzeugung erlangt haben, daß keine Gefahr mehr vorhanden ist, daß für jetzt eine unsere reichen Viehstand so schwerbedrohende Einschleppung dieser Seuche besorgt werden darf. Da indes die Viehsperre amtlich im „Staatsanzeiger“ angeordnet war, so ist über deren Aufhebung gleichfalls eine amtliche Rundmachung zu erwarten, welche die jetzt noch nicht erfolgt ist.

\* Von der neuen, gegenwärtig durch eine besondere Kommission in Berathung befindlichen Verwaltungsorganisation hofft man auch die Aufhebung der vier Kreisregierungen.

† **Aus Kurhessen**, 2. Nov. (Fr. Z.) In diesem Monat noch wird, höherer Verfügung zufolge, bei uns eine allgemeine Nachmusterung der bereits gemusterten, aber nicht eingezogenen Militärdienstpflichtigen der Altersklassen 1843 bis mit 1845 stattfinden.

× **Marburg**, 4. Nov. Bekanntlich ist Ausgang v. W. eine stadträtliche Deputation bei dem königl. Administrator von Kurhessen, Hrn. v. Möller, in Kassel gewesen und hat demselben eine Eingabe überreicht, worin um Erhaltung unserer Universität gebeten wird. Auf diese Petition ist dieser Tage folgende Antwort an den Oberbürgermeister eingelaufen, womit unsere Sorgen auf einmal verschwunden sind: Auf die Eingabe vom 24. v. M. erwidere ich dem Stadtrath, daß nichts vorliegt, was auf die Absicht der königl. Staatsregierung schließen ließe, die Universität Marburg aufzuheben. Ich habe vielmehr die feste Ueberzeugung, daß die Universität Marburg bestehen bleiben wird. — Kassel, 29. Okt. 1866. Der königl. Administrator von Kurhessen. v. W. 511er.

† **Kassel**, 2. Nov. (Münch. Kor.) Die Bestimmung der im Dienste gebliebenen kurhessischen Offiziere ist heute bekannt geworden. Es sind nur wenige, welche nicht eine Veretzung zu anderen Regimentern betroffen hätte. Wir heben die in den höheren Chargen hervor. Generalmajor v. Meyerfeld, zuletzt Kriegsminister, ist zum Kommandeur der 14. Infanteriebrigade ernannt, die Offiziere im Generalstabe Major v. Meyerfeld, Major Darapsky und Hauptleute Spangenberg, Schmitt, Braud und Oberleutnant v. Lengerle sind unter Ueberweisung zum Generalkommando des 11. Armeekorps dem Generalstabe der Armee aggregirt worden. Major Bauer vom Leib-Garderegiment ist in das 5. westphälische, Major v. Ende in das 3. thüringische Infanterieregiment versetzt, Major v. Stockhausen zum Platzmajor von Kassel ernannt, Major v. Baumbach in das 1. westphälische, Oberleutnant v. Bischoffshausen in das 1. Magdeburger, Major Wille in das 1. polen'sche Infanterieregiment versetzt u. s. w.

† **Dresden**, 3. Nov. (W. L. B.) Der König und die Königin, der Kronprinz mit seiner Gemahlin, sowie Prinz und Prinzessin Georg sind heute Nachmittag 2 Uhr unter Glockengeläute und endlosem Jubel in die festlich geschmückte Residenz eingezogen.

† **Berlin**, 3. Nov. Der Kronprinz ist heute Abend nach Petersburg abgereist, nachdem er zuvor noch dem König einen Abschiedsbesuch abgestattet hatte. In der Begleitung befanden sich General v. Steinmück mit dem Adjutanten Major v. Wechmar, General v. Blumenthal, die

Obersten v. Kessel und v. Trestow, die Hauptleute v. Hahnle und Wilschke, Rittmeister v. Walther, die Adjutanten Hauptmann v. Jasmund und Premierleutnant Graf Eulenburg. In 14 Tagen will der Kronprinz wieder zurück sein. — Der Prinz von Wales wird den neuesten Nachrichten zufolge erst am Montag in Potsdam eintreffen und die Reise nach Petersburg mit Benützung der Verbindungsbahn alsbald fortsetzen. Auf der Rückreise beabsichtigt der Prinz von Wales und der Kronprinz von Dänemark einige Tage am hiesigen Hof zum Besuch zu verweilen.

Dem „Magdeb. Kor.“ wird folgendes in Bezug auf gewisse Bestimmungen des Friedens mit Sachsen mitgetheilt: Mit dem Abschluß des Friedens mit Sachsen sind die Domstifter Merseburg, Naumburg und Zeitz aller Verpflichtungen gegen die sächsischen Klassen, sowie gegen die Inhaber sächsischer Aemter entbunden. Die nicht unbedeutenden Zahlungen fallen nunmehr der preussischen Landeskirche zu und werden zum Theil zur Gründung neuer Pfarrstellen in den durch jenen Frieden von sächsischen Mutterorten abgetrennten Filialorten verwandt werden, insofern eine Vereinigung derselben mit preussischen Parochien nicht thunlich ist, zum Theil werden sie anderweitige Verwendung zu Kirchen- und Schulzwecken finden.

Dem „Magdeb. Kor.“ wird folgendes in Bezug auf gewisse Bestimmungen des Friedens mit Sachsen mitgetheilt: Mit dem Abschluß des Friedens mit Sachsen sind die Domstifter Merseburg, Naumburg und Zeitz aller Verpflichtungen gegen die sächsischen Klassen, sowie gegen die Inhaber sächsischer Aemter entbunden. Die nicht unbedeutenden Zahlungen fallen nunmehr der preussischen Landeskirche zu und werden zum Theil zur Gründung neuer Pfarrstellen in den durch jenen Frieden von sächsischen Mutterorten abgetrennten Filialorten verwandt werden, insofern eine Vereinigung derselben mit preussischen Parochien nicht thunlich ist, zum Theil werden sie anderweitige Verwendung zu Kirchen- und Schulzwecken finden.

† **Berlin**, 4. Nov. St. Königl. Hoh. der Kronprinz ist gestern Abend nach St. Petersburg abgereist und bleibt ungefähr 14 Tage dort. — Die „Kreuz-Ztg.“ widerlegt die von der „Volks-Ztg.“ gebrachten Gerüchte über Ministerveränderungen. Die dasselbe Blatt meldet, sind die Organisationen der Stadt Frankfurt a. M. auf Bedenken gestossen. Es handelt sich dabei namentlich um Organisation der städtischen Polizei. — Es scheint die Absicht zu bestehen, die Vorarbeiten des norddeutschen Bundes so zu fördern, daß der Zusammentritt des Reichstags mit Beginn des neuen Jahres erfolgen kann.

† **Berlin**, 4. Nov. Der neu ernannte k. k. österreichische Gesandte, Graf v. Wimpffen, welcher am Freitag aus Kopenhagen hier wieder eingetroffen ist, stattete gestern dem Unterstaatssekretär v. Thile im Ministerium des Auswärtigen und mehreren Mitgliedern des diplomatischen Korps Besuche ab. Dieser Tage wird derselbe zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens bei Sr. Maj. dem König Audienz haben. — In Betreff der Regierungsvorlagen für den nächsten Landtag verläutet, daß der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen mit Sicherheit zu erwarten ist. Vor der schon längere Zeit beabsichtigten Einbringung eines Schulnotationsgesetzes scheint die Regierung für jetzt wieder Abstand genommen zu haben, um später dabei gleich auch die bezüglichen Verhältnisse der neu erworbenen Landestheile zu regeln. Der Abschluß dieser Länder an die preussischen Einrichtungen und ihre Ausgleichung mit den alten Provinzen kann der Natur der Dinge wie der nöthigen Rücksichten wegen nur allmählig erfolgen. — In neuerer Zeit haben die Regierungen mehrerer großen Staaten sich hieher gewendet, um von dem preussischen Feld-Lazarethwesen nähere Kenntniss zu erlangen. Von Seiten der russischen Regierung ist kürzlich das Ersuchen um Mittheilung aller auf diese Einrichtung bezüglichen Reglements hier eingegangen. Während des letzten Krieges war ein Verarzt des Kaisers von Rußland mit zwei andern russischen Ärzten in Böhmen und Schlesien anwesend, um sich praktisch über die Organisation und die Leistungen der preussischen Lazarethe zu unterrichten. — Für die neue von Sr. Königl. Hoh. dem Kronprinzen begründete National-Invalidentstiftung zeigt sich im Land bereits eine sehr rege Theilnahme. Schon jetzt, noch vor der Genehmigung des Statuts dieser Stiftung, sind zur Förderung ihrer Zwecke mehr als 100,000 Thaler an Beiträgen gezeichnet.

## Oesterreichische Monarchie.

† **Wien**, 3. Nov. Die „Wien. Abendpost“ schreibt: Durch den nun definitiv erfolgten Abschluß der letzten Kriegsepoche tritt die erste eifrige Förderung der Werke des Friedens wieder in ihr volles ungehülltes Recht, und unter den der Regierung und den Ländern gestellten Aufgaben nimmt die Lösung des inneren Verfassungskonflikts unweifelhaft die erste Stelle ein.

Der Weg, welchen die Regierung bisher betreten hat, um zu dem allgemein ersehnten Ziele zu gelangen, ist der der Vereinbarung mit den Vertretungen der Länder der ungarischen Krone, und es hat sie hierbei die Ansicht geteilt, daß die Vorbedingungen einer bescheidenden Verständigung einerseits in der Achtung legitimen Rechts, andererseits aber auch in der Anerkennung geschichtlich gewordenen, nun konstitutiv vorliegenden Thatsachen und Verhältnisse zu suchen seien, einer Anerkennung, welche nicht weniger als das bewußte Befolgen des Rechts und der Nothwendigkeit der Existenz der Monarchie in sich schließt.

Das einigende bindende Moment liegt aber gewiß nicht in einem zwangswelchen Zusammenfassen der Elemente, und will man der politischen Freiheit eine legale Stütze gewähren, so wird sich das Prinzip der Rechtsverwirklichung wohl am wenigsten zum Grundstein dieses Baues eignen. Diesen Gedanken hält die Regierung mit Entschiedenheit fest, und die letzten erschütternden Ereignisse konnten ihre Ueberzeugung nicht beirren. Wohl liegt aber in diesen Ereignissen eine Mahnung zur beschleunigten Verfolgung der betretenen Bahn. Daß die Gemeinsamkeit der Interessen des Reiches und die Nothwendigkeit einer gemeinschaftlichen Behandlung derselben durch Regierung und Vertretung bereits in allen Theilen der Monarchie anerkannt wird, muß als eine erfreuliche Thatsache konstatiert werden, und die mit dem ungarischen Landtag über diesen Gegenstand gepflogenen Verhandlungen werden nun wieder aufzunehmen sein, um sie in nächster Zukunft einem gezielten Ende zuzuführen.

Der von der Landtags-Subkommission ausgearbeitete Entwurf bietet in der erwähnten Frage einen beachtenswerthen Anknüpfungspunkt, eine geeignete Grundlage zur allseitig gewünschten Verständigung. Der Gedanke der Zusammengehörigkeit der einzelnen Theile des Reiches findet darin seinen Ausdruck und zwar sowohl durch die Einschaltung von Ministerien für die gemeinsamen Angelegenheiten, als auch durch die Bildung eines Vertretungskörpers für die gemeinschaftliche Behandlung der letzteren. Der Grundsatz, den Bestand der Monarchie in ihren wichtigsten Interessen zu sichern, wird in dem Kommissionselaborat anerkannt. Es wird nun die erste Aufgabe der Regierung sein, ihre Ansichten dem ungarischen Landtag gegenüber mit vollster Offenheit darzulegen, damit bei den fortgesetzten Verhandlungen dieser Grundsatz in konsequenter Weise durchgeführt werde und praktisch zur Geltung gelange. Der ein dauerndes Werk politischer Freiheit in Oesterreich schaffen will, kann das autonome Recht der Länder der ungarischen Krone nicht missachten; er wird die Wege der Verständigung und Vereinbarung im Aufbau der Verfassung des Gesamtstaates wählen; allein er sieht sich vor gegebenen Thatsachen hingestellt, die er keinen Augenblick unbeachtet lassen kann, ohne die Existenz des Reiches zu gefährden. Eine Autonomie der Theile muß die Erhaltung des Ganzen zum Ziel haben, und dieser Gesichtspunkt hat auch in Betreff der anderen Königreiche und Länder als maßgebend zu gelten, wo das Bedürfnis nach Erweiterung der Grenzen der Landesautonomie einen legalen Ausdruck findet. Der sehr gewichtige und weitverbreitete Grundsatz des Stobers-Diploms darf jedoch nicht preisgegeben werden, wornach jene Gegenstände der Befreyung, welche durch eine lange Reihe von Jahren den nicht zur ungarischen Krone gehörigen Ländern gemeinsam waren, auch in ihrer konstitutionellen Behandlung gemeinsam bleiben sollen. Die Motive, auf welche das Diplom seine Grundkräfte stützt, haben durch die neuesten geschichtlichen Ereignisse an Gewicht und Bedeutung nur gewonnen. Institutionen, welche den höchsten geistigen Interessen dienen, müssen ebenso, wie jene, welche die freie Entwicklung des materiellen Fortschritts wesentlich bedingen, einer gemeinsamen Behandlung und Regelung unterzogen werden.

† **Wien**, 3. Nov. Während ein morgen zur Veröffentlichung gelangendes Rundschreiben des Hrn. v. Beust nach außen hin wesentlich eine Politik der Nicht-Aktion inauguriert, unternimmt es ein — freilich nicht überall gleich fählicher — Artikel des offiziellen Abendblattes, und bezüglich der Politik der Aktion zu orientiren, mit welcher das rekonstruirte Kabinett nach innen hin seine Arbeit beginnen wird. (S. o.) Erlauben Sie mir, aus diesem Theil des Regierungsprogramms in aller Kürze die zwei Punkte zu präzisiren, welche die offizielle Auslassung bloß andeutet, welche aber als die Kardinalpunkte desselben zu gelten haben. Einmal die Stellung zu Ungarn. Wiederaufnahme der Verhandlungen, das ist der Standpunkt der Regierung, da und so, wo und wie dieselben bei der Vertagung des ungarischen Landtags abgebrochen worden, keine neuen Konzessionen, aber vollständige Aufrechterhaltung des früher Dargebotenen, d. h. ein innerhalb bestimmter Grenze selbständiges Ungarn, aber kein Ungarn neben dem Reich, sondern in und unter dem Reich. Dann die Ordnung der Dinge außerhalb Ungarn. Entschiedener Bruch, so formulirt sich dieser Teil des Programms, mit dem Föderalismus, weiter aber Anerkennung, unbeschadet der ausgedehnten Autonomie der einzelnen Glieder der cisleithanischen Ländergruppe, der Zusammengehörigkeit derselben in höherer Ordnung, gleichviel welche Form für diese Zusammengehörigkeit gefunden werden mag.

† **Wien**, 4. Okt. Die „Wien. Ztg.“ von heute veröffentlicht vier kaiserl. Handschreiben, durch welche der F. M. Baron John zum Kriegsminister ernannt, dem Grafen Mensdorff die nachgesuchte Enthebung unter Verleihung des Kreuzes des Stephans-Ordens bewilligt, der Baron Beust zum Minister des Auswärtigen unter Verleihung der Geheimrathswürde ernannt, und Graf Esterhazy von dem Posten eines Ministers ohne Portefeuille enthoben wird. Dasselbe Blatt veröffentlicht eine Zirkularbescheide Beust's an die kaiserl. Gesandtschaften im Auslande. Hr. v. Beust sagt darin, er betrachte sich von seiner politischen Vergangenheit von dem Tage an getrennt, wo er nach dem Willen des Kaisers Oesterreicher werde, und wolle in seine neue Stellung nur das Zeugniß eines tief verehrten Fürsten hinübernehmen, dem er mit Eifer und Treue gebient zu haben sich bewußt sei. Namentlich würde es heißen, bei dem Beginn seiner neuen Laufbahn ein seltsames Vergessen seiner Pflichten zuzutrauen, wolle man ihn fähig halten, Vorliebe

oder Groll hineinzutragen, wovon er sich vollkommen frei fühle. Hr. v. Beust bittet den betreffenden Gesandten, diese Anschauungsweise in Unterredungen, wozu sich Anlaß böte, hervortreten zu lassen. Die kaiserl. Regierung werde jederzeit der geübten Friedens- und Versöhnlichkeitspolitik treu bleiben. Wenn der jüngste unglückliche Kriegsausgang daraus eine Nothwendigkeit mache, so lege ihr derselbe die Pflicht auf, mehr als je sich auf ihre Würde eiferjüchtig zu zeigen.

### Italien.

**Florenz, 31. Okt. (A. Z.)** Nicasoli hat an die Präfecten des Königreichs ein Zirkular erlassen, in welchem er auseinandersetzt, daß nach dem „Aufhören der fremden Occupation“ der venezianischen Provinzen auch jene Rückfichten aufhören, welche die „struppulöse Legallität“ bisweilen schweigen lassen mußten, und daß nun die absolute Herrschaft der Gesetze wieder eintreten müsse, selbst gegen diejenigen, welche sich der Regierung feindselig erweisen und ihr nachstellen. Unter die Klasse solcher Regierungsfeinde scheint Nicasoli in erster Reihe die Bischöfe zu zählen; denn auf die Zurückberufung einer Anzahl derselben, die aus ihren Diözesen entfernt und theils zu Zwangsdomizil verurtheilt worden waren, ist sein Zirkular speziell gerichtet. Indeß gibt er neben der Berechtigung der nunmehrigen Herrschaft der Gesetze zur Motivierung für die Rückkehr der betreffenden Bischöfe in ihre Diözesen auch die Nothwendigkeit an, daß die Störung der Gewissen bei den Bevölkerungen aufhöre, und erklärt, daß sich die Regierung durch Bekundung ihres Respekts für die Religion selbst ehre und damit auf die Verwirklichung des Prinzips der „freien Kirche im freien Staat“ hinarbeite. Wenn trotz dieses Entgegenkommens der Regierung die zurückberufenen Bischöfe in ihrer Feindseligkeit beharren und zeigen sollten, daß sie durch die letzten politischen Ereignisse zu Gunsten Italiens nicht ändern Sinnes geworden sind, dann sollen die Gerichte zu ihrer Verfolgung genügen. Uebrigens will Nicasoli, daß man sich mit der beschlossenen Zurückberufung der Bischöfe nicht übereile. Es werden deshalb zuerst nur diejenigen zurückberufen werden, welche, von ihrer Diözese entfernt, sich doch in italienischen Provinzen aufhalten; dagegen sollen von dieser Begünstigung vorläufig diejenigen ausgeschlossen bleiben, die sich nach Rom gewendet oder neuerdings noch Beize von Feindseligkeit gegen die Regierung gegeben haben, wiewohl auch die Zurückberufung dieser im Prinzip beschlossen bleibt. — Ein Dekret vom 30. Okt. verordnet die Zusammenberufung der Wahlkollegien der neuen venezianischen Provinzen zur Vornahme der Deputirtenwahlen auf den 25. Nov. Für den Zusammentritt der Kammer bezeichnet man jetzt etwa den 6. Dez.

**Von der italienischen Grenze, 1. Nov. (A. Z.)** Ludwig Kossuth ist in Bologna eingetroffen, mit der Ermächtigung als Haupt der ungarischen Emigranten die näheren Bestimmungen über die Auflösung der ungarischen Legion zu veröffentlichen. Die vollständige Auflösung wird bis zum Februar oder März l. J. vollendet sein. Die italienische Regierung wird nach Thunlichkeit die Dienste der Legionäre zu belohnen suchen, und dabei drei Kategorien unterscheiden: die seit 1860 dienenden, dann diejenigen, welche seit der Reorganisation von 1862 im Dienst standen, und endlich die neugeworbenen Legionisten des letzten Krieges. Letztere erhalten einen halbjährigen Sold, und Italien verspricht sich thunlichst für die straflose Rückkehr der einzelnen nach Ungarn zu verwenden. Nach der Veröffentlichung der einzelnen Bestimmungen verabschiedete sich Kossuth von der Legion, welche, wohl zum letzten Mal, mit fliegenden Fahnen zu diesem Akt ausgerückt war. — Viel von sich reden macht folgendes Vorkommniß in Florenz. Es ist offenes Geheimniß, daß auf Rechnung Griechenlands Anwerbungen stattfinden; viele Garibaldiner und wahrscheinlich auch die meisten Teilnehmer der ungarischen Legion werden sich anwerben lassen. Die Polizei jagdet auf die Werber, und so ließ es sich der Präfect von Florenz begeben, bei dem Generalkonsul Griechenlands, Cav. Mano, Hausdurchsuchung halten zu lassen. Der Konsul war nicht zu Hause, erhob aber die heftigsten Beschwerden, und auch im Ministerium des Aeußern war man höchst unangenehm überrascht, zu hören, daß das Ministerium zuerst in Kenntniß zu setzen. Der Präfect Cantelli wird hierüber jedenfalls nähere Erklärungen abzugeben haben.

**Rom, 31. Okt.** Das „Giorn. di Roma“ bringt die Anreden, welche der Papst gehalten hat, und über deren Inhalt bereits kurze Andeutungen früher gegeben worden waren. Die eine derselben betrifft bekanntlich die kirchlich-politischen Angelegenheiten Italiens, die andere die Angelegenheiten Polens. In der erstern Anrede kommt der Papst zunächst auf seine früheren Reden zurück, in denen er die Uebel beklagt, welche die subalpine Regierung der Religion in Italien zugefügt habe, und fügt hinzu, daß das Uebel noch mit jedem Tage zunehme, daß die Bischöfe und Priester fortwährend verbannt, gefangen und verurtheilt werden zu zwangsweisem Aufenthalt, daß die kirchlichen Körperschaften vertrieben und dem Elend ausgeleitet werden. Der Papst erinnert sodann an die Gesetze, welche die italienische Regierung gegen die Doktrinen der Kirche erlassen habe. Bezüglich der Zivilische heißt es in der Anrede:

Dieselbe Regierung hat mit Nichtachtung der Kirchenstrafen und ohne irgend unseren sehr gerechten Forderungen und denen unserer ehrwürdigen Brüder, der Bischöfe von Italien, Rechnung zu tragen, Gesetze sanktionirt, die der katholischen Kirche und ihrem Vertrauen und Rechten ganz zuwider sind, und sie hat sich nicht geschämt, ein Gesetz zu promulgiren in Betreff der Zivilische, wie wir es nennen, ein Gesetz, welches nicht allein der katholischen Doktrin, sondern auch der bürgerlichen Gesellschaft durchaus zuwider ist. Ein solches Gesetz tritt die Würde und die Heiligkeit der Ehe mit Füßen; es zerstückt ihre Einigung; es ermuntert ein schändliches Konkubinat. In der That kann unter Gläubigen keine Ehe stattfinden, ohne daß gleichzeitig das Sakrament damit verbunden ist. Auch gehört es allein der Macht der Kirche an, alles Das zu dekretiren, was das Ehe sakrament betreffen kann.

Außerdem hat diese Regierung, indem sie in augenscheinlicher Weise

die Beschlässe der evangelischen Konzilien verlegt hat, welche in der Kirche Gottes stets Kraft gehabt haben und haben werden, und mit Verkennung der sehr großen Wohlthaten der regelmäßigen Ordnen, welche von Männern der Heiligkeit gegründet und vom hl. apostolischen Stuhl bestätigt, sich ein bewundernswürdiges Verdienst um die christliche, bürgerliche und literäre Republik durch so viele glorreiche Anstrengungen und so viele fromme und nützliche Werke erworben haben, nicht angestanden, ein Gesetz zu sanktioniren, welches in allen Ländern ihres Gebietes alle kirchlichen Familien (Körperschaften) des einen wie des andern Geschlechts aufhebt und sich alle ihre Güter und viele andere Güter der Kirche aneignet und ihre Vertheilung anordnet. Ehe sie in den Besitz der venezianischen Provinz trat, hat sie sich nicht geschämt, auf dies Land dieselben Gesetze auszubehnen, und allem Gesetz und Recht zuwider hat sie die vollständige Zerstörung und Vernichtung des Vertrags angeordnet, der von uns mit unserem sehr lieben Sohn in Jesu Christo, dem Kaiser Franz Joseph von Oesterreich, abgeschlossen worden war.

Bezüglich der weltlichen Macht des Papstthums haben wir folgende Stelle der Anrede hervor:

Unsnig sind diejenigen, die nicht aufhören zu verlangen, daß wir, die wir bereits durch die handgreiflichste Ungerechtigkeit mehrerer Provinzen unseres päpstlichen Gebietes herabgedrückt worden sind, auf unsere weltliche Souveränität und die des hl. apostolischen Stuhles verzichten. Jeder wird sicher einsehen, wie sehr ein solches Verlangen ungerecht und für die Kirche nachtheilig ist. Wir können nicht auf die bürgerliche Gewalt verzichten, die von der göttlichen Vorsehung für das Wohl der universellen Kirche eingesetzt worden ist; wir müssen im Gegentheil diese Regierung vertheidigen und die Rechte dieser weltlichen Gewalt beschützen und uns stark beklagen über die gottloslästerliche Ufurpation der Provinzen des hl. Stuhles, wie wir es bereits gethan haben und wie wir es heute wiederum thun, indem wir, so gut als wir können, uns beklagen und protestiren.

Bezüglich Roms sagt diese Anrede:

Von allen Seiten erschollen beständig wühlende Stimmen, welche stets bei den ergrimmten Feinden ein Echo finden, indem sie erklären, daß diese Stadt Rom an jener verderblichen Ursache und italienischen Rebellion Antheil nehmen, selbst deren Hauptstadt werden müßte. Aber der erbarmungreiche Gott wird durch seine allmächtige Kraft die gottlosen Rathschläge und Wünsche unserer Feinde zu Schanden werden lassen. Er wird nie und nimmer zugeben, daß diese edle Stadt, die uns so theuer ist, wo er durch seine große und besondere Wohlthat den Stuhl Petri aufgerichtet hat, die unumstößliche Grundlage seines Glaubens und seiner göttlichen Religion, in den unglücklichen Zustand zurückführe, den unser heil. Vorgänger Leo X. so deutlich beschrieben hat, in dem sie sich befand, als der hochselige Fürst der Apostel in diese Stadt eintrat, die damals die Herrscherin der Welt war. Was uns betrifft, so sind wir — obgleich wir fast aller menschlichen Unterstützung entbehren — unserer Mission dennoch getreu und durchaus auf die Hilfe Gottes hoffend, bereit zu kämpfen ohne Furcht selbst auf die Gefahr unseres Lebens, für die Sache der Kirche, die uns in göttlicher Weise von unserm Herrn Jesus Christus anvertraut ist, und wenn es nöthig sein sollte, uns dahin zu begeben, wo es uns verlihen wäre, unser apostolisches Amt am besten zu verwahren.

**Rom, 31. Okt.** Hr. v. Hübner, Gesandter Oesterreichs beim heil. Stuhl, ist hieher zurückgekehrt. Das „Giorn. di Roma“ widerlegt das Gerücht von einer Demonstration in Viterbo. Der Oberst Graf v. Argy hat bei Gelegenheit des Empfangens einer päpstlichen Fahne für die römische Legion einen Tagesbefehl veröffentlicht. Hr. Gladstone hat wiederum eine lange Zusammenkunft mit dem heil. Vater gehabt. Es geht das Gerücht, die englische Regierung lasse einen Palast auf Malta möbliren. Die Cholera hatte in Rom etwas zugenommen.

### Frankreich.

**Paris, 3. Nov.** Der Kaiser wohnt heute einer Jagd in Rambouillet an. Dagegen scheint, obgleich von einer Seite Intimer vom 11. bis zum 16. (Namenstag der Kaiserin) die Rede ist, wegen der Abreise nach Compiègne noch Nichts festgesetzt. Schwerlich dürfte die Abreise des Hofes vor dem 20. oder 25. stattfinden. — Hr. v. Lavalette ist wieder in Paris eingetroffen. — Es bestätigt sich, daß General Fleury sich von Venedig aus in einer Mission nach Rom begeben wird. — Gestern empfing der Kaiser den päpstlichen Nunzius Mgr. Chigi. — Von Hrn. Louis Veullot, dem Verfasser der „parlans de Rome“, wird nun ein (600 Seiten starker) Band „les odeurs de Paris“ erscheinen. Man kann sich denken, welche „Gerüche“ der satyrische Ex-Redakteur des „Univers“ aufdecken wird. — In Finanzkreisen macht das Falliment der großen Papierfabrik von Esonne mit 5 Mill. großes Aufsehen. Mehrere Pariser Buchhändler, namentlich der bekannte Buchhändler und Verleger H. ...., sollen stark interessiert sein. — Noch größeres Aufsehen erregte in Börsekreisen die telegraphische Depesche, daß Rußland seine Land- und Seemacht vervollständigt. Der „Temps“ meint: „Wenn Rußland rüstet, ist die ganze Welt bedroht.“ Ähnlicher Ansicht ist die offiziöse „France“. Ohne antworten zu können, fragt sie, wem diese Rüstungen gelten? „Gelten sie (nachträglich) dem Aufstand auf Kreta? Will Rußland, bei der allgemeinen Mißachtung der Verträge, versuchen, eventuell durch die Gewalt den Pariser Vertrag zu brechen, welcher die Unabhängigkeit der Türkei sichert? Stehen diese Rüstungen im Zusammenhang mit dem Freundschafts-austausch zwischen der amerikanischen Demokratie und der moskowitzischen Aristokratie? War die gleichzeitige Anwesenheit Clarendons, Russells, Gladstones und Milner Gibsons in Italien, Griechenland und der Türkei mehr als ein Zufall?... In liege verschiedenen Zwischenfällen — folgere die „France“ — liegt eine Sachlage, welche im höchsten Grad die Klugheit und Mäßigung der Herrscher erheischt. Wenn aber die Welt dem Unbekannten, vielleicht dem Unvorhergesehenen entgegengeht, wenn Deutschland sich neugestaltet, Preußen sich vergrößert, wenn England besorgt ist, Rußland rüstet — wie kann man dann Frankreich raten, seine Armee zu reduzieren und seine Nationaltruppe zu schwächen?“ — Die „Patrie“ erfährt aus Vera-Cruz, daß die inländische Armee bis zur Räumung Mexicos durch die Franzosen 45,000 Mann stark sein wird. — Heute fand unter dem üb-

lichen Zeremoniell die Eröffnung des Kassationshofes statt. Nach der Heil.-Geist-Messe hielt Generalprokurator Delangle die Eröffnungsrede; sie betraf das Lob seines Vorgängers Dupin, mit besonderer Berücksichtigung der von ihm zur Geltung gebrachten Gesetzesinterpretation gegen das Duell. — Fortwährend klägliche Berichte aus Madrid. Man rath der Königin, einen Staatsstreik zu machen. Narvaez ist schon zu liberal, — man erwartet Nocedal. — Wie das „Mém. diplom.“ aus Miramar erfährt — ist in dem Befinden der Kaiserin Charlotte eine Besserung eingetreten. Den Winter wird sie auf Anrathen der Aerzte auf der ihr gehörigen Insel Lacroma zubringen. — Der Herzog von Nassau ist in Paris eingetroffen. — Die Nachricht aus St. Petersburg überraschte die Börse inmitten der Liquidation, und nur wenig fehlte, daß die Käufer eine Panique ergriffen. Besonders flau war Cred. mobil. und was mit ihm zusammenhängt. Franz Mob. 590, span. 320, Rente 68.70 nach 68.62, ital. Anl. 55.90 nach 55.70.

**Paris, 3. Nov.** Das „Pays“ versichert, daß der Hof nicht eher nach Compiègne gehen werde, als bis die Militärkommission, bei welcher der Kaiser den Vorzug führt, ihre Arbeiten beendet hat. — General Menabrea befindet sich demselben Blatt zufolge augenblicklich in Paris, um über die Rückstattung des Privatbesitzes der Mitglieder der Dynastien von Parma und von Neapel zu unterhandeln. — Der Prozeß, den die preussische Regierung gegen das „Mém. or. diplomat.“ wegen Beleidigung der Person des Königs von Preußen angestrengt hat, soll den 16. Nov. vor der 6. Kammer des Zuchtpolizeigerichts zur Verhandlung kommen.

### Belgien.

**Brüssel, 3. Nov.** Die „Indep. Belge“ glaubt versichern zu können, daß die Entlassung des Kriegsministers Baron Chazal, welche er vor drei Wochen eingereicht hatte, jetzt vom König definitiv angenommen sei; dagegen erklärt sie das Gerücht von dem Rücktritt des Finanzministers für gänzlich ohne Grund. Die Wahlen für die Gemeinde-räthe sind zwar noch nicht in ihrer Gesamtheit bekannt, es scheint aber, als ob die liberale Partei wenigstens nicht viel dabei gewonnen habe. Das gegenseitige Verhältniß scheint ziemlich gleich geblieben zu sein. Der vor einigen Tagen von den Geschwornen freigesprochene türkische Oberst Nisak-Ul-Lah und sein Verteidiger, Advokat Lagaud aus Paris, sind augenblicklich Gegenstand des höchsten Interesses für das hiesige Publikum, und ihre Porträte sind der neueste Modestartikel bei unseren Photographen.

### Niederlande.

**Amsterdam, 3. Nov.** (Kön. Ztg.) Das Resultat der Wahlen für die Zweite Kammer ist nunmehr bekannt. Von den 75 Mitgliedern der Kammer sind 54 durch die Wahl bestimmt, während in 21 Fällen eine Nachwahl stattfinden muß. Unter den Gewählten sind 7, welche nicht Mitglieder der aufgelösten Kammer waren. Von den 39 Mitgliedern, welche für den Keugenius'schen Antrag gestimmt haben, sind bereits 23 wieder gewählt, 4 nicht wieder gewählt; von den 23, welche gegen jenen Antrag stimmten, sind 15 wieder gewählt, 2 nicht wieder gewählt, und 1 gestorben. Die Theilnahme an den Wahlen ist überall eine sehr große gewesen; in mehreren Wahlkreisen haben fast alle, in einem sogar wirklich alle Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Die ministerielle Partei rechnet auf 42 Stimmen in der Kammer, wenn alle Nachwahlen zu ihren Gunsten ausfallen, und zählt dabei Alle zu den Ihrigen, welche nicht ganz direkte Gegner sind. Es würde das eine Majorität von nur 9 Stimmen ergeben; da es aber nicht wahrscheinlich ist, daß alle Nachwahlen für die ministerielle Partei ausfallen werden, da sogar einige ganz bestimmt schon jetzt für die liberale Partei gesichert sind, und da Liberale mit Liberalen konkurriren, so steht es mit der Majorität der ministeriellen Partei in der nächsten Kammer bedenklich.

### Rußland und Polen.

**Warschau, 1. Nov.** (Dtsch.-Ztg.) So eben ist hier die amtliche Nachricht eingetroffen, daß der bischöfliche Administrator der Chelmer Diözese, Kalinski, nachdem er die lange Reise nach Wjatka (im europäischen Rußland) glücklich überstanden, bald nach seiner Ankunft dort in Folge eines Schlaganfalls verstorben ist. Der Verstorbene hat ein Alter von 68 Jahren erreicht. Die russische Regierung hatte ihm zu seinem Unterhalt in der Verbannung einen jährlichen Gehalt von 1500 S. R. ausgesetzt und seinen Töchtern eine bedeutende Gelbunterstützung auszahlen lassen.

### Donaufürstenthümer.

**Bukarest, 3. Nov.** Bei der Rückkehr des Fürsten herrschte großer Enthusiasmus in der Stadt. Die Minister, der Metropolitan, die Bischöfe und die Staatsbeamten erwarteten den Fürsten vor dem Palais. Unter dem Schloßbalkon ließ S. Hoheit die Nationalgarde und die Garnison der Stadt Revue passiren.

### Türkei.

**Konstantinopel, 30. Okt.** Fürst Karl von Rumänien hat dem russischen Gesandten einen offiziellen Besuch gemacht, der vom letzteren erwidert wurde.

**Konstantinopel, 2. Nov.** Aus Candia sind Verbündete und Gefangene hier eingetroffen. Der „Levant Herald“ bezweifelt, daß die Niederwerfung der candischen Insurrektion eine vollkommene sei. Die hiesige Regierung beabsichtigt, den griechischen Schiffen sämtliche Häfen der Türkei zu verschließen. Auf Befehl des Sultans ist der ägyptische Prinz Mustafa Faizl aus Paris hieher beschleiben. — Der portugiesische Geschäftsträger ist von hier abberufen worden. Man sieht der Ankunft mehrerer amerikanischen Kriegsschiffe in der Levante entgegen.

**Candia, 21. Okt.** Aus Candia, 21. Okt., gehen dem „Moniteur“ noch einige Notizen der letzten Ereignisse zu, welche die Unterwerfung der aufständischen Kreter zur Folge hatten.

Am 16. setzte Mustapha Pascha an der Spitze von 4 türkischen und 6 ägyptischen Bataillonen, erstere unter Naly-Pascha, letztere unter Zamael-Pascha, die Verfolgung der Rebellen fort. Bei Stilo hat er ein Korps von 3000 Griechen eingeschlossen, das nur nach Wegwerfung seiner Waffen sich in unzugängliche Gebirge flüchten konnte. Die Rebellen verloren in diesem Treffen 200 Tode und Schwerverwundete und außerdem 150 Gefangene. Die ottomanischen Truppen hatten 11 Tode und 38 Verwundete. General Zamael-Pascha, der sich während des ganzen Feldzugs ausnehmend tapfer gezeigt hatte, erhielt eine leichte Wunde am Schenkel. Am 17. zog Mustapha, ohne auf Widerstand zu stoßen, in Rabus ein, das die Griechen bei seinem Herannahen geräumt hatten. Am 18. setzte er seinen Marsch gegen Sphakia fort, er konnte aber, des schlechten Wetters und der schlechten Wege halber, an diesem und am folgenden Tage nur sehr langsam vorwärts gelangen. Am 20. war endlich Mustapha vor Apokorona, wo er dem Gros der Aufständischen zu begegnen hoffte, angelangt. Am 18. waren im Hafen von Canca an Bord des ottomanischen Kriegsdampfers „Kosjowo“ 2000 gut bewaffnete und ausgerüstete Anruaten angekommen, die sofort nach dem Innern abmarschirten, um zu der Armee Mustapha-Pascha's zu stoßen.

### Großbritannien.

\* London, 2. Nov. Die Königin, welche gestern Valmorale verlassen hat, ist heute Morgen kurz nach 9 Uhr wohlbehalten in Windsor eingetroffen. Beinahe gleichzeitig verließen der Prinz und die Prinzessin von Wales mit der Königin von Dänemark die Stadt Norwich, in welcher sie, als Gäste von Lord Stafford, dem großen Musikfest beigezogen hatten, um Vorbereitungen zur Reise nach Petersburg zu treffen, die der Prinz am 5. anzutreten beabsichtigt. — Lord Derby begibt sich im Lauf der nächsten Tage zur Königin nach Windsor und hat heute seine Kollegen zu einer zweiten Beratung nach seiner Amtwohnung eingeladen.

\* London, 3. Nov. Der „Globe“ sagt: „Da die canibotische Inurrektion sich ihrem Ende naht, so dürfen wir wohl mittheilen, daß die Westmächte bereits der Pforte empfohlen haben, die Aufständischen mit Milde zu behandeln und den Christen in der Verwaltung der Insel große Zugeständnisse zu machen. Der Sultan ist seinerseits bereit, in diesem Geiste zu handeln und die beantragten Reformen in Candia zu verwirklichen.“

Die Königin von Dänemark, welche in Begleitung der Prinzessin von Wales und ihrer jüngeren Kinder heute Morgen hier eingetroffen ist, tritt morgen ihre Rückreise nach dem Kontinent an. — Der gegenwärtige Oberkommandant der britischen Flottenstation in Nordamerika und Westindien, Viceadmiral Sir James Hope, wird auf diesem Posten durch den Viceadmiral Sir Rodney Mundy ersetzt werden. — Mr. Seymour Fitz Gerald, bekannt als Unterstaatssekretär des Auswärtigen im letzten Ministerium Derby, gegenwärtig ohne Amt, ist im Parlament, hat die ihm vom indischen Minister Lord Cranborne angebotene Gouverneurstelle von Bombay angenommen und wird sich noch vor Ablauf dieses Jahres auf seinen Posten begeben. — Der neue Lord-Mayor, Alderman Gabriel, dessen feierliche Inthronisation am 9. d. stattfinden wird, hat sich gestern, wie üblich, im großen Saal zum Lord-Kanzler begeben, um von diesem die Mittheilung entgegenzunehmen, daß die auf ihn gefallene Wahl der City die königl. Genehmigung erhalten habe.

London, 4. Nov. Die Vereinigten Staaten wollen angeblich nach dem Abzug der Franzosen das Protektorat Mexiko's, welches Niederkalifornien nebst den nördlichen Theilen von Sinaloa und Chihuahua abtrennen würde, übernehmen. Nach Berichten aus Matamoros vom 19. Oktbr. sind die Liberalen bei Saltillo geschlagen worden; die Kaiserlichen wurden in Monterey erwarret.

### Amerika.

New-York, 30. Okt. (Per allant. Telegr.) Seward machte dem englischen Gesandten bringende Vorstellungen, die Annexionirung der in Canada vor Gericht gezogenen Fenier zu bewirken.

### Ueberlandpost.

Trief, 4. Nov. (W. L. B.) Die Ueberlandpost bringt folgende Nachrichten: Alexandria, 28. Okt. Die vom Vizekönig beabsichtigten konstitutionellen Reformen befehlen: Die Notablenversammlung wird 75 Mitglieder zählen. Die Wahl geschieht durch geheime Abstimmung. Das Religionsbekenntniß ist bei der Wahl kein Hinderniß. Die Sitzungen der Versammlung sind öffentlich. Die Versammlung wird wahrscheinlich am 18. Nov. durch den Vizekönig eröffnet werden. Es wurde ein Konstitutionsgesetz mit allgemeiner Wehrpflicht erlassen; ein Gesetz über die Reform der Gerichte wird als bevorstehend bezeichnet. In Kairo wurde eine Handelskammer errichtet.

Bombay, 13. Okt. Die Unruhen in Birma dauern fort. Die Schiffe am Persischen Meerbusen trugen der britischen Regierung an, den Hafen der Stadt als Freihafen zu erklären. Der Onkel des Sultans von Rastat griff die Stadt an.

### Baden.

Karlsruhe, 5. Nov. Hr. Staatsrath Lamey ist nunmehr nach Mannheim übergesiedelt. Vorgesestern Abend gab ihm die bekannte Gesellschaft im „Weißen Bären“, der er seit ihrer vor drei Dezennien stattgehabten Begründung angehört, ein herzlich willkommenes Abschiedsfeiern.

S'Pforzheim, 3. Nov. Gegenüber den mehrfach von dem hiesigen Volksverein an die Zweite Kammer unserer Stände gelangten Kundgebungen hinsichtlich der zu erstrebenden politischen Gestaltung Süddeutschlands wollten diejenigen, die anderer Ansicht sind, und wollten namentlich die Mitglieder des Nationalvereins mit ihren Meinungsäußerungen nicht zurückbleiben. Dieselben haben darum vor einigen Tagen eine mit nahezu 700 Unterschriften bedeckte Erklärung an die Zweite Kammer abgeben lassen, worin zunächst Verwahrung dagegen ausgesprochen wird, als sei durch jene Kund-

gebungen die Ansicht der Mehrzahl der hiesigen Einwohnerschaft ausgesprochen worden. Sodann wird gesagt, daß die Unterzeichner in dem innigen Anschluß Baden an den norddeutschen Bund unter der Führerschaft Preußens das zur Zeit wichtigste, mit allem Ernst und aller Kraft anzustrebende Ziel für Volk und Regierung erkennen. Eine Gefahr für unsere innere Freiheit und Selbständigkeit vermöge man in dem seitherigen Verhalten Preußens gegenüber seinen Bundesgenossen, sowie auch gegenüber den besiegten Staaten nicht zu entdecken. Schließlich wird die volle Zustimmung sowohl zu den Ausführungen und Anträgen des Kommissionsberichts über den Friedensvertrag und die Anschlussfrage, als auch zu den bezüglichen Kammerbeschlüssen ausgesprochen.

S'Pforzheim, 5. Nov. Die Frage, betr. eine Verbesserung der Lage unserer Fabrikarbeiter, wovon auch in der Presse schon so oft die Rede war, ist endlich in einer Weise aufgenommen worden, die eher als alle bisher gemachten Vorschläge, insofern sie nur das rechte Entgegenkommen von Seite der Fabrikanten sind, ein Resultat herbeizuführen verspricht. Die Anregung geht diesmal, was uns so erfreulich ist, von Seite der Arbeiter, d. h. von Seite des Arbeiter-Bildungsvereins aus. Am letzten Montag entwickelte ein Vereinsmitglied, Goldarbeiter Wittum, in einem in der Arbeiterhalle gehaltenen Vortrag, nachdem er die jetzigen Uebelstände dargelegt hatte, in sehr verständiger Weise die Grundsätze, nach welchen eine Besserung der Lage der Lehrlinge und damit auch des gesammten Arbeiterstandes zu erreichen sei. Der Hauptpunkt der gemachten Vorschläge besteht in der Herstellung eines zweidirektigen Lokals, worin die Lehrlinge ihre freien Stunden mit angemessener Beschäftigung zubringen können. Hierbei sollen die Lehrherren und Arbeiter gemeinsam mitwirken, und zwar so, daß jene die Herstellung und Unterhaltung des Lokals übernehmen, während den Arbeitern, d. h. dem Arbeiter-Bildungsverein die Bewaßigung und Beschäftigung der Lehrlinge obliegt. Als ein ferneres erfreuliches Zeichen der Besserung in den Zuständen der arbeitenden Klasse in unserer Stadt theilt ich Ihnen ferner mit, daß neben den verschiedenen allgemeinen und speziellen hiesigen Kranken-Unterstützungsvereinen auch die Bildung eines solchen Vereins für die Arbeiterinnen im Werk ist. Mitglied dieses Vereins kann jede unbescholtene, gesunde weibliche Person werden, welche das 17. Lebensjahr zurückgelegt und das 30. noch nicht überschritten hat. Nach den Statuten zahlt ein Mitglied 1 fl. Eintrittsgeld und einen monatlichen Beitrag von 15 kr., wogegen es in trankten Tagen unentgeltliche ärztliche Hilfe und eine wöchentliche Unterstützung von 2 fl. 30 kr. erhält. Auch hiezu hat der Arbeiter-Bildungsverein die nächste Veranlassung gegeben.

### Vermischte Nachrichten.

— Aus der bayerischen Pfalz, 2. Nov. Der Vorstand des aufgelösten Vereins zur Wahrung deutscher Interessen auf dem linken Rheinufer hatte gegen den Beschluß des Bezirksamts Frankenthal Rekurs zur pfälzischen Kreisregierung ergriffen. Von dieser ist nun der bezirksamtliche Beschluß als gerechtfertigt anstandslos erhalten, dem Vorstand des Vereins aber überlassen worden, einen neuen Verein zu konstituieren.

Stuttgart, 4. Nov. Gestern Abend nahmen in dem großen und prachtvollen Saale des Königshauses die wissenschaftlichen Vorträge für diesen Winter wieder ihren Anfang, welche Sr. Maj. der König im vorigen Jahre unter dankbarer Anerkennung des Publikums ins Leben gerufen hat und deren Kosten ganz auf die Privatkasse des Königs übernommen sind. Professor Dr. v. Luschka hielt den ersten Vortrag über die Architektur des menschlichen Körpers, welchen Gegenstand er bei aller wissenschaftlichen Gründlichkeit in eben so populärer und gemeinverständlicher als anziehender Weise zu behandeln und dadurch die äußerst zahlreichen Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln wußte. Der König und die Königin, welche dem ganzen Vortrag anwohnten und mit großer Aufmerksamkeit folgten, ließen sich am Schluß den Hrn. Professor Dr. v. Luschka durch den Hrn. Kultminister v. Soltau vorstellen. — Noch andere wissenschaftliche Vorträge, für die studirende Jugend von größter Bedeutung, sind in der nun abgelaufenen Woche eröffnet worden. Professor Bischoff, der Mediziner, lehrte in Jülich, hat am Anfang der Woche seine Vorlesungen an der Universität Erlangen und am Freitag hier im Polytechnikum, an beiden Anhalten bei ganz immensem Zubrang begonnen. Er wird nun in Zukunft je 1 1/2 Wochen der Universität Erlangen und je die zweite Woche zur Hälfte, nämlich an 3 Tagen, der Polytechnischen Schule in Stuttgart widmen. Am Freitag las er im zweitgrößten Saale des Polytechnikums, welcher sich aber als weit nicht ausreichend erwies, daher gestern der größte genommen werden mußte, der gleichfalls zum Erdbeben voll war, wie es wohl auch morgen der Fall sein wird, worauf er dann wieder für 1 1/2 Wochen nach Erlangen zurückkehrt.

München, 3. Nov. (Bayr. Bl.) Sr. Maj. König Ludwig I. hat die Reise nach Rom heute Vormittag angetreten und wird heute in Innsbruck übernachten, wofür, von Gohenschwangau kommend, König Ludwig II. einzutreffen beabsichtigt, um sich von seinem I. Großvater zu verabschieden.

Frankfurt, 2. Nov. (Nat.-Ztg.) Die Leitung der Presse- und Vereinspolizei ist in die Hände des preussischen Polizeiraths Brochhaus übergegangen. In Folge dessen ist bereits ein kleiner Zusammenstoß zwischen den Behörden und dem hiesigen Arbeiterverein entstanden. Da diesem die angeordnete polizeiliche Ueberwachung nicht gefiel, so sagte er den Beschluß, vorerst hier keine Versammlungen mehr zu halten, worauf eine Beschlagnahme sämtlicher Akten des Vereins verfügt wurde.

Frankfurt, 4. Nov. Gutem Vernehmen nach wird der Ausschuß des deutschen Nationalvereins am 17. d. in Berlin eine Sitzung abhalten, in welcher derselbe u. a. wegen der diesjährigen Generalversammlung in Beratung treten wird.

Vom Niederrhein, 3. Nov. Der Abg. Friedrich Hartfort veröffentlicht in der „Rhein. Ztg.“ nachstehende „Erklärung“: „Einige Mitglieder des linken Zentrums des Abgeordnetenhauses sind der Erklärung von Meurer und 24 Genossen beigetreten; meine Freunde in dieser Fraktion und ich begreifen die Wahlung, allein wir billigen sie nicht. Auch wir werden die auswärtige Politik des Ministeriums künftig unterstützen, insofern sie den Volksrechten, den Kräften der Nation und dem Staatswohl entspricht. Wir behalten uns indeßen die reifliche Prüfung vor; wir sind nicht geneigt, das Steuer-Bewilligungsgesetz zum voraus zu verabschieden. Die Nation hat, bevor sie neue Opfer bringt, das theuer erworbene Recht: Zug um Zug den Gegenwerth der Leistungen gegen den äußeren Feind durch Verstellung und Erweiterung der Freiheiten im Innern vergolten zu

sehen. Nicht darin erblicken wir die dauernde Befriedigung, daß nur der eine Theil gibt und der andere allein nimmt, sondern daß jedem ehrlich das Seine werde! Der Wahlspruch des Herzogs Bogislaw von Pommern war: „Ged zu trifft am besten!“ Wogu die Verschleierung durch eine Zwitterstellung, welche den Herren in Bezug auf ihre Vergangenheit noch manche Verlegenheit bereiten wird? Die innere Bosheit ist untrennbar von der äußeren; der Friede im Innern sichert den Frieden nach außen. Das Recht dauert länger als die Befangenheit des Siegesrausches! Am 2. Nov. 1866.“

Der Schraubendampfer „Christian IX.“ aus Sunderland ist bei den Faroe Inseln zu Grunde gegangen. Die Mannschaft rettete sich ins Tafeelwert, bis es ihr gelang, die zwei Boote flott zu machen und mit diesen das Land zu erreichen. Der Dampfer selber wurde von der Brandung in Trümmer geschlagen.

Palermo, 30. Okt. (S. M.) Der König ist befohlen worden, ihre Ordenskleider abzulegen; den zu den sog. Bettlerorden gehörigen Individuen wurden je 30 Kr. pro Kopf ausbezahlt, um sich Zivilkleider anschaffen zu können; den übrigen wurde ein halbjähriger Pensionsheil voraus verabfolgt.

St. Petersburg, 3. Nov. Die Staatsbank hat den Lombardzinsfuß für Vorkäufe auf hinterlegte Werthpapiere auf 10 Prozent erhöht. — Man erwartet die Emission von 5 Millionen Thalern der Morshansk-Eisenbahn.

London, 2. Nov. Wir haben heute zwei Explosionen zu melden, deren jede bedeutende Opfer an Menschenleben gekostet hat. In den etwa 1 1/2 deutsche Meilen südlich von Newcastle gelegenen Pelton-Well-Kohlengruben entzündete sich eine bis jetzt unerklärte Weise, und da die in dem betroffenen Schacht beschäftigten 24 Personen dabei sämmtlich um's Leben gekommen sind, wird die unmittelbare Veranlassung des Unglücks wahrscheinlich für alle Ewigkeit ein Räthsel bleiben müssen. An gehörigen Vorsichtsmaßregeln gegen Gasexplosionen scheint es in diesem Bergwerk übrigens nicht gefehlt zu haben. Es war in allen seinen Theilen nach den neuesten Prinzipien der Wissenschaft ventilirt; die Grubenarbeiter waren mit den besten Sicherheitslampen versehen und der Schacht selber erst kurz vorher durch den Oberaufseher untersucht und gefahrlos erklärt worden. — Die zweite Explosion im Hafen von Bristol, durch welche 7 auf dem Fahrzeug befindliche Personen ihr Leben einbüßten und einzelne Häuser der Stadt nicht unbedeutenden Schaden erlitten.

New-York. Wenn die Tilgung der amerikanischen Staatsschuld in demselben Maßstab fortgesetzt wird, wie in den letzten Monaten geschehen ist, so könnte die gesammte Schuld in ungefähr 8 1/2 Jahren abgetragen sein. Am Beginn des laufenden Verwaltungsjahres hatte sie 2,632,593,000 Doll. betragen. Da jedoch zu jener Zeit den heimkehrenden Truppen ihr Sold ausbezahlt und eine Unmasse anderer, aus dem Kriege hervorgegangener Schuldforderungen beglichen werden mußten, war die Schuld am 1. April d. J. auf 2,705,646,000 Doll. gestiegen. Erst von da ab konnte an eine Tilgung gedacht werden. Sie wurde mit solchem Ernst in Angriff genommen, daß sie während der Monate Juni, Juli, August und September auf 2,573,336,000 Doll. somit um 132,310,074 Doll. reduziert worden ist. Bis zum 1. Nov. werden weitere 22,500,000 Doll. getilgt sein; und nach diesem Maßstab gerechnet, dürfte die jährliche Tilgung der amerikanischen Staatsschuld sich auf 275 Mill. Doll. belaufen. Alles Dies natürlich unter der Voraussetzung, daß die gegenwärtige hohe Besteuerung aufrecht erhalten wird, daß die Staatseinnahmen sich auf der bisherigen Höhe erhalten, daß die gegenwärtige Finanzpolitik keine Aenderung erfährt, und daß den Ver. Staaten der Friede nach innen und nach außen gewahrt bleibt.

Vom Oberrhein. (Frei. Ztg.) Die Nachfrage nach diesjährigem Wein ist im Markgräflerland noch nicht sehr stark, und es wurden verhältnismäßig noch nicht viele Käufe abgeschlossen; namentlich halten Wirthe und Weinbändler noch etwas zurück, da sie auf Herabgehen der Preise hoffen. Aus der Gegend von Weil und Ebringen wurde Markgräfler aus guten Lagen verkauft zu 20—25 fl. per Ohm, Grenzacher Roth zu 25—27 fl.

Karlsruhe, 5. Nov. Tagesordnung der Ersten Kammer auf Mittwoch den 7. November, Morgens 9 Uhr. I. Geheime Sitzung. II. 27. öffentliche Sitzung halb 10 Uhr. 1) Anzeig neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Geh. Rathes Dr. Bluntzli über den Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits für Hinterladungsgewehre. 3) Erstattung und Berathung des Berichts der Budgetkommission über die verichtigten Budgets der Amortisations- und der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse; Berichterstatter Denny. 4) Berathung des Berichts des Obergerichts-Advokaten Dr. Bertheau über den Entwurf eines Kriegskosten-Ausgleichsgesetzes. 5) Erstattung und Berathung des Berichts Seiner Großh. Hohheit des Prinzen Karl von Baden über die Petition der Stadt Baden, die Spielfrage betreffend. 6) Erstattung und Berathung von Berichten der Eisenbahnbau-Kommission über verschiedene Petitionen, Eisenbahnbau betreffend; Berichterstatter Frhr. von Gayling. 7) Vornahme einer Erziehung in den ständischen Ausschüß.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

| 3. Nov.       | Barometer. | Thermometer. | Wind. | Himmel.   | Witterung.           |
|---------------|------------|--------------|-------|-----------|----------------------|
| Morgens 7 Uhr | 27° 9,70   | + 4,5        | S.W.  | ganz bew. | trüb, Nebel          |
| Mittags 2 „   | 9,57       | + 8,5        | „     | „         | „ dunstig, kühl      |
| Nachts 9 „    | 9,85       | + 8,0        | „     | „         | „ frisch             |
| 4. Nov        |            |              |       |           |                      |
| Morgens 7 Uhr | 27° 10,67  | + 8,0        | S.W.  | ganz bew. | trüb, regnerisch     |
| Mittags 2 „   | 10,80      | + 9,0        | „     | „         | „                    |
| Nachts 9 „    | 11,02      | + 6,0        | „     | „         | „ klar, kühl, frisch |

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 6. Nov. 4. Quartal. 118. Abonnementsvorstellung. Das Lügen; Lustspiel in 3 Akten, von R. Benedix.

